

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschiff
Tageblatt Riesa,
Fernruf Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptpostamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto
Dresden 1580,
Girokonto:
Riesa Nr. 52.

Nr. 91.

Dienstag, 19. April 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitrauender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erwirkt, wenn der Betrag versandt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontour gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegeranten oder der Vertriebsunternehmungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Zum Brief des Reichspräsidenten an Dr. Groener.

In politischen Kreisen Berlins ist man über den innerpolitischen Staub, der durch die Kommentatoren des Hindenburg-Briefes an den Reichsinnenminister aufgewirbelt wurde, sehr wenig erbaut. Es besteht leider kein Zweifel darüber, daß eine Reihe von Persönlichkeiten, deren Namen nicht unbekannt sind, den Brief des Reichspräsidenten zu ihrem Vorwort gegen die Reichsregierung und vor allem gegen den ihnen nicht mehr genehmen Reichsinnenminister Dr. Groener auswerten wollten. Dieses Verfahren mag von parteitaktischen Gesichtspunkten aus verständlich sein, von dem Horizont der deutschen Gesamtpolitik aus betrachtet, erscheint es den nüchternen Beurteilern als durchaus bedauerlich. Man vergißt in Deutschland, wie sie betonen, noch immer, daß die Fahrt des deutschen Reichsfahrers nach Genf keine Erholungsreise ist. Dr. Brüning steht im Kampf, und es ist die Frage, ob dieser Kampf erfolgreich auslaufen kann, wenn man hinter dem Rücken des Kanzlers und in seiner Abwesenheit eine mehr oder weniger getarnte Regierungskrise betreibt. Den in dieser Richtung sich bewegenden Kommentatoren des Hindenburg-Briefes wird deshalb von amtlicher Seite scharf entgegengehalten, daß von einem Mißtrauensvotum des Reichspräsidenten gegen den Reichsinnenminister nach wie vor keine Rede sein kann. Man betont auch, daß in seinem Worte des Briefes ein Verbot des Reichsbanners gefordert wurde. Was verlangt wurde, war allein eine sachliche Prüfung des dem Reichspräsidenten zur Verfügung gestellten Materials. Dieser Prüfung gedenkt sich aber weder der Reichsinnenminister noch irgendeine andere verantwortliche Stelle der Reichsregierung zu entziehen. Bis zu welchem Zeitpunkt die Prüfung abgeschlossen ist, kann im Augenblick noch nicht gesagt werden, da das letzte Material erst am Montag dem Reichsinnenminister zugeleitet wurde. Man glaubt aber in gut unterrichteten Kreisen nicht an irgendeine Verzögerung. Weit wahrscheinlicher ist, daß Dr. Groener sobald wie möglich dem Wunsch des Reichspräsidenten nach einer Berichterstattung folgen wird. Man nimmt an, daß er Hindenburg dabei auch seinen Plan einer Zusammenfassung der deutschen Jugend in Sportverbänden zum Vortrag bringt. Es finden über diese gewiß schwierige Frage bereits eingehende Auseinandersetzungen mit den Referenten, aber auch mit den Führern von Verbänden und Jugendorganisationen statt. Man nimmt an, daß der Vorschlag des Reichsinnenministers diese Kreise zur positiven Mitarbeit heranzuziehen sucht. Es ist jedoch auch möglich, daß man dem Staat allein die Initiative vorbehält, um ein allzu großes Durcheinander und Gegeneinander von Sonderwünschen zu verhindern. Das letzte Wort darüber wird allerdings wohl erst nach der Rückkehr des Reichsfahrers aus Genf und damit nach der Preußenwahl gesprochen werden.

Die Hintergründe der Aktion des Reichspräsidenten erfordern allerdings noch eine besondere Betrachtung. Wie uns aus gut unterrichteten Kreisen mitgeteilt wird, ist man dort der Auffassung, daß der Reichsfahrer von der Absicht des Reichspräsidenten, einen Brief an den Reichsinnenminister zu richten, unterrichtet war. Dr. Brüning hat, wie es scheint, den Wunsch Hindenburgs nach einer öffentlichen Klärung seiner Stellungnahme zum SA-Verbot begrüßt. Als verantwortlichem Staatschef mußte ihm jede Aktion willkommen sein, die die unzweideutige überparteiliche Einstellung des Reichspräsidenten von neuem der Öffentlichkeit dokumentierte. Eine andere Frage ist, ob der Reichsfahrer über die Form des Briefes und über den Zeitpunkt der Veröffentlichung rechtzeitig unterrichtet worden ist. Hier deutet man auch in gut unterrichteten Kreisen Zweifel. Man sieht gewisse Gegenspieler des Reichsinnenministers am Werk, welche die Abwesenheit des Kanzlers für ihre eigenen Ziele ausnützen wollten. Die Abneigung gegen Dr. Groener wird erklärlich, wenn man von den Erkenntnissen hört, die der Reichsinnenminister auf seiner Osterreise nach dem Satz gewonnen hat und über die er auch bald nach seiner Rückkehr im privaten Kreis sprach. Dr. Groener scheint in den ruhigen Stunden der Besinnung seine bisherige abwartende Stellungnahme gegenüber dem Nationalsozialismus einer gründlichen Ueberprüfung unterzogen zu haben, zu der er wahrscheinlich auch durch die Unterredung mit dem braunschweigischen Staatsminister Dr. Lübenhal angeregt wurde. Die Dummheit seines Nachdenkens ist in jenem Schreiben zusammengefaßt, das unter dem Titel „Mein Standpunkt“ veröffentlicht wurde und bereits vor dem Brief des Reichspräsidenten an Dr. Groener fix und fertig vorlag. Sie bedeutet im großen und ganzen eine Abgabe an Hitler, die nicht einmal so sehr durch rein politische, als durch persönliche Motive bestimmt ist. „Groener hat“, wie es ein Politiker geistreich formuliert, „den Glauben an Hitler verloren, oder zum mindesten den Glauben an die Förmlichkeit und die Zuverlässigkeit seines Handelns. In diesem Augenblick aber stand für ihn fest, daß die SA. unter Umständen ein äußerst zweischneidiges Schwert in der Hand ihres Führers ist. Daher der Hinweis Groeners auf den Staat im Staate und ähnliche Begriffe, die alle derselben Grunderkenntnis Ausdruck geben.“ Dieser Umkehrung in der Auffassung des Reichsinnenministers wurde bald nach Ostern in Berlin bekannt. Er kam auch zu Ehren derjenigen Persönlichkeiten, die nach wie vor an der Zusammenarbeit mit dem Führer der Nationalsozialisten festhielten. Man beschloß einzugreifen und benutzte die Gelegenheit des Briefes von Hindenburg, um die Entwid-

Die Abrüstungsentschließung in Genf angenommen.

Genf. Mit der gestrigen Sitzung des Hauptauschusses der Abrüstungskonferenz sind die Arbeiten der Konferenz in ein wichtiges neues Stadium getreten. Der Verlauf der Sitzung, die den Charakter einer recht lebhaft geführten Debatte hatte, hat bereits gezeigt, daß die Konferenz aus dem Stadium der großen Reden nunmehr an dem Punkt angelangt ist, wo die konkreten prinzipiellen Fragen der Abrüstung zur Entscheidung gestellt werden. Gegenstand der Diskussion war die Frage, ob das Ziel der allgemeinen Abrüstung in einer einzigen Konvention oder etappenweise erreicht werden soll. Die Konferenz hat, ohne daß bereits eine Abstimmung über diese prinzipielle Frage erfolgte, sich praktisch für die zweite Lösung ausgesprochen. Die Entschließung, die hierüber von einer Reihe kleinerer Staaten eingebracht worden ist, wurde einem Redaktionskomitee übergeben, das sie unter Berücksichtigung der in der Debatte von verschiedenen Rednern gemachten Bemerkungen genauer prüfen und ihr eine Fassung zu geben hat, die ihre Annahme durch den Hauptauschuss der Konferenz ermöglicht.

Nachdem die Konferenz sich entschlossen hat, nicht den Weg sofortiger Radikallösungen zu beschreiten, war es besonders wichtig, daß vom deutschen Standpunkt nochmals klar zum Ausdruck gebracht wurde, daß die etappenweise Föpfung nicht zu einer Umgehung und Verwischung des Zieles der allgemeinen Abrüstung, wie sie in Artikel 8 des Völkervertrages vorgesehen ist, führen darf. In diesem Sinne hat Botschafter Nabolun in seinen gestrigen Ausführungen, wie bereits gestern von uns mitgeteilt wurde, sehr stark wieder den Gedanken in den Vordergrund gestellt, daß das leitende Prinzip der künftigen Arbeiten nicht die Verengung, sondern die Erweiterung der Abrüstungen sein müsse.

Genf. Die inhaltlich bereits mitgeteilte Entschließung, die vom Hauptauschuss der Abrüstungskonferenz in der heutigen Sitzung voraussichtlich angenommen wird, hat folgenden Wortlaut:

„In Anbetracht der Ansichten, die im Laufe der Aussprache auf der Abrüstungskonferenz hinsichtlich der Erweiterung und der Begrenzung der Abrüstungen ausgesprochen worden sind, ist der Hauptauschuss der Ansicht, daß die Verabredungen der Abrüstungen, so wie sie in Artikel 8 des Völkervertrages vorgesehen ist, schrittweise durch Revisionen, die sich in geeigneten Zwischenräumen zu wiederholen haben, zu verwirklichen ist, nachdem die gegenwärtige Konferenz die erste entscheidende Etappe der allgemeinen Verabredung auf das tiefstmögliche Niveau vollzogen haben wird.“

Diese Resolution bedeutet insofern eine wesentliche Verbesserung, als sie den Gesichtspunkten, die der deutsche Botschafter, Botschafter Nabolun, geltend gemacht hat, Rechnung trägt. Vom deutschen Standpunkt aus ist es zu begrüßen, daß zwei Grundgedanken festgehalten worden sind: 1. es wird eindeutig festgestellt, daß die Abrüstung des Völkervertrages in fortschreitenden Aktionen bis zum Endziel

lung in dem eigenen Sinne zu beeinflussen. Wie es scheint, wirkten sich bei dieser Gelegenheit auch Besprechungen aus, die der Führer der Nationalsozialisten bei seinem Aufenthalt in Berlin mit politischen Persönlichkeiten der Rechten hatte. Man beachte viel die Tatsache, daß die Polemik zwischen den Deutschnationalen und den Nationalsozialisten in den letzten Tagen von beiden Seiten stark abgeschwächt wurde und daß jetzt bereits wieder für die Preußenwahlen die Forderung nach einer Koalitionsregierung in Preußen von Hitler bis Dingeldey von neuem erhoben wird. Nimmt man schließlich noch die Tatsache hinzu, daß in der näheren Umgebung Hindenburgs ein eventueler Anwärter auf den Posten des Reichsinnenministers vorhanden ist, so hat man einen Querschnitt durch die Hintergründe, der die politische Lage einigermaßen deutlich macht.

Seltigung der Garzburger Front?

Eine Aussprache zwischen Deutschnationalen und Nationalsozialisten.

Berlin. Aus Aachen wird berichtet, daß dort im Verlaufe einer deutschnationalen Rundgebung, bei der Abgeordneter Schmidt-Hannover sprach, auch der Gauleiter der NSDAP, von Ost-Dannover, Telschow, Mitglied des Reichstages, das Wort ergriff. Er habe den deutschnationalen Rednern für die ritterliche und verständnisvolle Art, mit der sie bei voller Betonung der vorhandenen Gegensätze das Verhältnis der Deutschnationalen zur NSDAP schändelt hätten, zu danken. Die vom Abg. Schmidt-Hannover an einen verlebenden hannoverschen SA-Befehl geübte scharfe Kritik habe er als berechtigt anerkannt und solche auf Bekämpfung der NSDAP und des Stahlhelms abgestellten Äußerungen von Unterführern mißbilligt.

Die Leitung der NSDAP sei bereit, im gegenseitigen Einvernehmen mit der NSDAP die Wiedererrichtung des Frontzuges und die Regierungsbildung der nationalen Front zu bewirken.

In seinem Schlußwort umriß dann Schmidt-Hannover die Grundlagen und Voraussetzungen einer neuen, festere Garzburger Front. Die nationale Opposition wäre heute bereits an der Macht, und die SA. wäre nicht aufgelöst worden, wenn die NSDAP. während der Reichstagskämpfe

durchzuführen ist; 2. es kann jetzt kein Zweifel mehr bestehen, daß die jetzige Abrüstungskonferenz selbst einen ersten entscheidenden Schritt der Abrüstung auf das tiefstmögliche Niveau zu vollziehen hat.

Mit dieser Entschließung würde, unter der Voraussetzung, daß der Hauptauschuss ihr zustimmt, die Konferenz gegenüber den bekannten Bestrebungen, die Abrüstungen vorläufig nicht herabzusetzen, sondern nur zu begrenzen, endlich eine klare Richtlinie für ihre Arbeiten gefunden haben.

Genauere Fassung des tschechoslowakischen Abrüstungsantrags.

Genf. Der vom Hauptauschuss der Abrüstungskonferenz eingesetzte Redaktionsauschuss hat dem gestern vormittag eingebrachten tschechoslowakischen Antrag eine Fassung gegeben, die das Konferenzziel weitestgehend genauer bestimmt. In der neuen Fassung wird gesagt, daß das Konferenzziel schrittweise erreicht werden soll, nachdem die gegenwärtige Konferenz eine entscheidende Etappe für die allgemeine Abrüstung herbeigeführt habe. Dieser Entwurf trägt demnach den Hauptgesichtspunkten Rechnung, die Botschafter Nabolun gestern vormittag geltend gemacht hat.

Die heutige Abstimmung.

Genf. (Frankfurt.) Im Hauptauschuss der Abrüstungskonferenz wurde heute vormittag die gestern von einem Redaktionskomitee ausgearbeitete Entschließung über die etappenweise Abrüstung und die Notwendigkeit eines ersten entscheidenden Schrittes zur Verabredung der Abrüstungen auf den niedrigsten Stand angenommen.

Die kurze Aussprache, die der Abstimmung vorausging, zeigte, daß die großen Gegensätze über Art und Maß der Abrüstung durch diese Entschließung nicht überbrückt worden sind. Der rumänische Vertreter Titulescu erklärte, daß er der Entschließung zustimme unter der Voraussetzung, daß die Abrüstung im Rahmen und im Geiste des Artikels 8 der Völkerverfassung erfolgen solle, und unter dem Vorbehalt, daß bei dem nächsten Punkt der Tagesordnung, den Kriterien der Abrüstung, eine ausdrückliche auf Artikel 8 bezugnehmende Entschließung angenommen werde. Der russische Vertreter Litwinow erklärte, er habe zunächst nur einen formalen Vorbehalt gegen die Erwähnung des Art. 8 einbringen wollen; wenn die Entschließung jedoch im Sinne seines Vordrängers ausgelegt werden müsse, so müsse er seine Zustimmung verweigern.

Deuberson schritt die weitere Diskussion schließlich ab, indem er die Entschließung zur Abstimmung stellte, und es ergab sich, daß alle Delegationsführer außer Litwinow und Titulescu ihr zustimmten.

des Oktober und während der Präsidentschaftsverhandlungen die ersten, auf Einheit und Macht der gesamten nationalen Opposition abzielenden Vorschläge Dr. Fugenders berücksichtigen hätte.

Polizeiliche Aktion in ganz Preußen gegen die Kommunisten.

Berlin. (Frankfurt.) Von zukünftiger Stelle erfahren wir, daß für ganz Preußen eine polizeiliche Aktion bei kommunistischen Funktionären angeordnet ist, die seit heute früh bereits durchgeführt wird.

Berlin. (Frankfurt.) Die Durchsuchungsaktion der politischen Polizei bei verschiedenen kommunistischen Organisationen erstreckt sich bisher auf etwa 30 bis 40 Geschäftsstellen und Büros des kommunistischen Arbeiter-Schützengewerks und des sogenannten Antifaschistischen Kampfbundes. Das Karl Liebknecht-Haus und die ausgesprochenen Arbeiterportvereine werden von den Durchsuchungen jedoch nicht betroffen. — Wie wir erfahren, wurde bisher zahlreiches Akten- und Schriftmaterial beschlagnahmt, dessen Prüfung im Polizeipräsidium erst erheben wird, ob in diesen Organisationen der verbotene Rotfrontkämpferbund illegal weiter geführt wurde.

Sittler in Oberschlesien

Beuthen, 19. April.

In einer Rundgebung im Stadion hielt Hitler, der im Flugzeug von München gekommen war, vor etwa 30 000 Zuhörern eine mit begeistertem Beifall aufgenommenen Ansprache, in der er sich sehr scharf gegen die Lügen, die über ihn und seine Bewegung verbreitet würden, verwahrte. Er erwähnte dabei auch die Behauptung, daß die Nationalsozialisten die deutschen Grenzen preisgeben wollten. Die deutschen Grenzen würden an dem Tage nicht mehr bedroht sein, an dem durch ganz Deutschland das gewaltige Erwachen der nationalsozialistischen Bewegung gehe. Deutschland werde erst dann wieder eine lebensfähige Existenz in der Welt erhalten, wenn dieses Erwachen unseres Volkes sich durchsetze